

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/5350 –**

**CO₂-Abscheidung und -Speicherung, CO₂-Nutzung sowie Negativemissionen –
Chancen für Klima, Industrie und Wohlstand**

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, CO₂-Abscheidung und -Speicherung sowie die CO₂-Nutzung als Chance für Klima, Industrie und Wohlstand zu begreifen und entsprechende Strategien zu starten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5350 abzulehnen.

Berlin, den 27. September 2023

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Steffen Kotré
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Steffen Kotré

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 20/5350** wurde in der 82. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Januar 2023 beraten und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Federführung sowie an den Wirtschaftsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der CDU/CSU schickt unter anderem voraus, Deutschland habe sich verpflichtet, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Die Fraktion setze in diesem Prozess auf Technologie und Innovation, wofür nun die Weichen gestellt werden müssten. CO₂-Abscheidung und -Speicherungstechnologien (CCS) und perspektivisch auch Nutzungstechnologien (CCU) seien mit Nachdruck voranzubringen.

Aus diesen und weiteren Gründen sowie unter der Prämisse der verfügbaren Haushaltsmittel fordert die Fraktion,

- einen nationalen CCS- und CCU-Strategieprozess zu starten;
- die rechtlichen Voraussetzungen für CO₂-Exporte zu schaffen;
- eine inländische und grenzüberschreitende CO₂-Transport- und Speicherinfrastruktur zu schaffen;
- den Rechtsrahmen für die Nutzung der CCS-Technologie in Deutschland zu aktualisieren;
- einen Finanzierungsmechanismus für CCS auf europäischer Ebene zu etablieren;
- CCS- und CCU-Technologien im deutschen Klimaschutzgesetz sowie im nationalen und europäischen Emissionshandelssystem zu berücksichtigen;
- CCU weiter zu erforschen, Rahmenbedingungen für die Nutzung von CO₂ zu verbessern, industrielle Anwendungen zu unterstützen;
- die Forschungs- und Innovationsförderung des Bundes im Bereich der Klimaschutztechnologien gezielt auszubauen;
- die Anwendung von CCS- und CCU-Technologien in Industrie und Energiewirtschaft zu stärken sowie
- Carbon Farming und nachhaltige Aufforstung als wichtige Instrumente des CCS zu verstehen und zu honorieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5350 in seiner 53. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/5350 in seiner 49. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/5350 in seiner 77. Sitzung am 27. September 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** stellte klar, dass es sich bei CCS und CCU um keine binäre Entscheidung zwischen Tun und Nicht-Tun handle, sondern dass die Vermeidung von CO₂ die Priorität haben müsse. Es dürfe auch nicht dazu kommen, dass mit der Ermöglichung von CCS und CCU Anreize geschaffen würden, um in den Anstrengungen zur CO₂-Vermeidung nachzulassen. Es gebe unvermeidbare CO₂-Emissionen, wo eine CCS- oder CCU-Technologie zum Einsatz kommen könne. Die Fraktion plädierte dafür, den Begriff der Vermeidung dynamisch zu gestalten, um auch zukünftige technologische Entwicklungen und damit die potentielle CO₂-Vermeidung im Auge zu behalten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte das ihrer Meinung nach halbherzige Vorgehen der Koalition in punkto CCS und CCU, die nur von unvermeidbaren oder schwer vermeidbaren Emissionen spreche. Dabei sei nicht eindeutig zu bestimmen, was unvermeidbare oder schwer vermeidbare Emissionen bedeuteten. Dadurch bestehe die Gefahr, dass mit Hilfe dieser Einschränkung ganze Wirtschaftszweige in eine Schieflage gerieten. Die notwendigen Infrastrukturen, Pipelines oder Terminals, setzten sich nur durch, wenn ideologische Scheuklappen beiseite gelassen würden. Die Fraktion unterstütze ohne Vorbehalte die Entwicklung der erneuerbaren Energien, die sich noch über Jahre hinziehen werde. Der Ausbau der erneuerbaren Energien werde auch von den Verbänden gesehen, die aber auch auf die Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin verwiesen hätten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** würdigte die einheitliche Haltung der Koalitionsfraktionen. Der Antrag der CDU/CSU dagegen vermittele ein völlig falsches Bild, wenn CCS und CCU als Innovationen herausgestellt würden. Die Fraktion verstehe Technologieoffenheit so, dass wirkliche Innovationen stärker für die Einsparung von Kohlendioxid in den Mittelpunkt gerückt gehörten. So der Einsatz von Wärmepumpen. Das Umweltbundesamt habe festgestellt, dass CCS in Kombination mit dem Festhalten an fossilen Technologien, Wirtschaftsmodellen und Konsumverhalten zu einer Verschärfung der Herausforderungen zur Erreichung von Klimaneutralität führen werde. CCS dürfe nur bei unvermeidbaren oder schwer vermeidbaren Restemissionen zum Einsatz kommen.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, sie sehe bei der Debatte um CCS und CCU Parallelen zur Kernenergie. Früher sei die Abscheidung von CO₂ genauso verboten worden wie die Nutzung der Kernenergie. Nun habe die Koalition eingesehen, dass das Verbot nicht funktioniere. Offensichtlich hätten sich in der Vergangenheit Leute durchgesetzt, die die Ideologie vor die Realität stellten. Die Fraktion kritisierte den einschränkenden Hinweis, CCS und CCU würden die Anreize zur Einsparung von CO₂ konterkarieren. Das größere Problem liege in der Besteuerung von CO₂, welche zu Produktionseinbußen führen werde. Die Gründe, CCU und CCS nicht zuzulassen, seien vorgeschoben. CCS und CCU sollten eingesetzt werden, weil sie technologische Potentiale böten.

Die **Fraktion der FDP** widersprach der Fraktion der AfD und deren Aussage zur Parallelität von CCS/CCU und Kernenergie. Sie begrüße die Möglichkeit, zukünftig CCS und CCU wieder als Technologie zuzulassen. CCS und CCU könnten wichtige Bausteine zur Vermeidung von Emissionen sein. Die Fraktion erinnerte daran, einige Länder im europäischen Norden hätten ein großes Interesse, Deutschland CO₂ abzunehmen. Unter Umständen sei es gar nicht notwendig, hohe Preise ans Ausland zu bezahlen, wenn auch nationale und örtliche Bedingungen existieren, CO₂ einzulagern. Deutsche Unternehmen könnten diese Technologie auch in Deutschland selbst anwenden. Hierzu benötigten sie einen rechtlichen Rahmen sowie eine entsprechende Infrastruktur.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellte fest, es überrasche sie nicht, dass die Unionsfraktion eine Technologie vorantreibe, die Großkonzernen riesige Gewinne verspreche. Der Mittelstand profitiere dagegen eher wenig. Die Fraktion plädierte dafür, sich mit dem gleichen Engagement für die Vermeidung von CO₂ als Ewigkeitslast einzusetzen. Die Fraktion erwähnte ausdrücklich auch die natürlichen Senken zur Speicherung von CO₂, mit denen sich aber kein Geld verdienen lasse. Sie erkenne eine Parallelität in den Aussagen der CDU/CSU und der FDP. Die Gewinne von Großunternehmen zählten dann mehr als der Schutz der Umwelt und der Menschen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/5350 zu empfehlen.

Berlin, den 27. September 2023

Steffen Kotré
Berichtersteller

